

ren, Zementröhren,
Zerkalk, Baugips,
nichtigen Bauwaren.

23. Januar

burg u. Umgeb.
„Krone“

tsfeier

mit
musikalischen
gen,

der Verein.

schmittags.

haben keinen Zutritt.

weiter-Verband
Calw.

tags 2 Uhr im Lokal:

ammlung.

et Ortsverwaltung.

Achtung!

Hilfsarbeiter

der Sache

abend 7 Uhr, im Gast-

m lung

Bauarbeiten“.

ert, Vertrauensmann.

D.

Januar 1921, findet bei

kunft

unde

unden freundlichst einlobet

„Schiff“, Stuttgarter

Strasse.

gen.

Januar, findet im

„Höhle“ eine

schau

Günner der Sache

werden.

n-Industrie

, Biergasse. 124.

a Lederfette,

braun und schwarz,

Tranjet

Wagenfett,

garant. unbeschwert,

Schuhcreme

Keruseifen,

Seifenpulver,

Schmierseife.

n bestens empfohlen.

ossenschaft m. b. H.

en Angelegenheiten, so die

in- und Verkauf von

g von Wertpapieren.



Nr. 17. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 96. Jahrgang.
Erscheinungsweise: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 60 Pfg.
Reklamen 2.— 3/4.— Auf Sonntagsanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.
Samstag, den 22. Januar 1921. Bezugspreis: In der Stadt mit Zehrlohn Mt. 12.00 vierteljährlich, Postbezugspreis
Mt. 12.00 mit Postgeld. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Deutschland und Rußland.

Der deutsche Außenminister über unsere Politik gegenüber Sowjetrußland.

Berlin, 21. Jan. Der Reichstag erledigte heute zunächst 25 kleine Anfragen und nahm dann den Notetat für 1920 in dritter Lesung an. Zu der Interpellation der Unabhängigen betreffend die Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland, bemerkte der Minister des Auswärtigen, Dr. Simons, es handle sich allerdings um eine Lebensfrage, doch sei es nicht die Schuld der deutschen Regierung, wenn sich die diplomatischen Beziehungen zu Rußland nicht günstiger entwickelt haben. Die neue russische Regierungsform habe verjagt, Rußland konnte keine Gegenleistung mehr bieten. Daran schreitere jede Austauschpolitik. Mit Polen und Litauen schweben Verhandlungen. Die größte Schwierigkeit liege in dem Zwange, das kapitalistische System mit dem russischen Sowjetismus in Einklang zu bringen. Es sei zweifelhaft, ob ein Handelsvertrag mit Rußland allgemeine Anerkennung finden würde, solange die Sowjetregierung noch nicht allgemein anerkannt sei. Im übrigen sei es klar, daß die Beziehungen so lange nicht wieder aufgenommen werden könnten, als Rußland uns keine Genugtuung für die Ermordung Mirbachs gegeben habe. Unter diesen Umständen könnten wir mit ihm nur mit Hilfe besonderer Agenten verhandeln. Einer Verständigung über die Ostfragen mit den Westmächten würde er gerne den Weg ebnen. Sobald Rußland Gegenwerte stelle, die Transporte erleichtere und aufhöre, ein ständiger Kriegsschauplatz zu sein und den Krieg zu schüren und sobald es aufhöre, seine unerwünschte Propaganda in Deutschland zu betreiben, werde sich eine Verständigung anbahnen. Wir können von einer anderen Macht nicht überholt werden, denn keine könne ohne uns mit Rußland Abschlüsse treffen. Wir hätten keine Veranlassung, die Sowjet Herrschaft zu schätzen und kein Recht, an ihrem Sturz mitzuarbeiten. — Das Haus trat darauf in die Besprechung der Interpellation ein, die in der morgigen Sitzung, die um 1 Uhr beginnt, fortgesetzt wird. Außerdem steht noch die Beratung der Novelle zum Einkommensteuergesetz auf der Tagesordnung.

Bei der Besprechung der Interpellation betonte Abg. Wels (Soz.) die Notwendigkeit eines engeren Zusammenschlusses mit Rußland. Im übrigen hält er die rote Armee nicht für so unbefähigt. Jedenfalls gebe der Sieg der Polen zu denken. Aber den Beweis habe sie erbracht, daß kein in fremdem Sold stehender General Sowjetrußland schlagen könne. Der Redner schilderte die Bestrebungen der Sowjetregierung, sich in die deutschen Verhältnisse einzumischen. Sollten wir die Aufnahme der Handelsbeziehungen mit einer solchen Einmischung erkaufen müssen, so wären wir dagegen. Wir müssen einmal mit Rußland zusammenkommen. Es hat aber keinen Zweck, auf die mangelhafte Transportverhältnisse zu schimpfen. Beseitigen läßt sich der Kommunismus nur durch eine Erstarkung des Wirtschaftslebens. Ueberhaupt ist er bereits auf dem Wege des Zerfalls, denn laut Lenins Bekenntnis sei er zum Bakterien mit den bürgerlichen Regierungen bereit. Abg. Fleischer (Z.) meinte, wenn die Lösung dieses Ausgleichs mit Rußland gelinge, so werde das eine befreiende Tat sein. Leider habe die Debatte bisher aber keinen Weg gezeigt, wie das zu machen sei. Mit Polen, das ein vorzügliches Bindeglied mit Rußland sein könnte, sei unter dem Einfluß der Entente keine Zusammenarbeit möglich. Der deutsche Kaufmann werde systematisch beseitigt. Solange aber keine Transportmöglichkeiten vorhanden seien, sei an einen Handelsverkehr mit Rußland nicht zu denken. Ueberhaupt werde Rußland Garantien für die sichere Abwicklung des Verkehrs geben müssen. Zur Zeit würde kein Kaufmann sein Kapital zu riskieren wagen, um in Rußland Handel zu treiben. Abg. Neuhaus (D. N.) erklärte: Die deutschen Arbeiter, die um kommunistischer Ideale willen nach Rußland gegangen sind, sehnten sich bald nach der Heimat zurück. Praktisch sehen wir nur das Elend als Bilanz. Die Aktiva, die die zaristische Herrschaft aufgesammelt hatte, sind ausgebraucht. Das Gold geht zu Ende. Konzessionen werden ausländischen Kapitalisten angeboten. Wenn nun die Konzessionen nicht klappen und die russische Regierung die fremden Konzessionsinhaber enteignet, wo sind da die Sicherheiten, um in Rußland Geschäfte machen zu können? Wenn wir russische Aufträge brauchen, vielleicht wegen unserer Arbeitslosigkeit, so sollen die russischen Unterhändler mit entsprechenden Weisungen versehen werden und nicht daneben andere Geschäfte treiben. Mit Rußland Geschäfte zu machen, ist überhaupt unmöglich.

Einem neu geordneten Rußland gelten die Sympathien der Bürger, Bauern und Arbeiter Deutschlands. (Zuruf links: Es lebe der Zar!)

Die Reparationsfrage.

Brief über die Ausbeutungsabsichten Frankreichs gegenüber Deutschland.

Paris, 22. Jan. In der gestrigen Kammer Sitzung erklärte Ministerpräsident Briand u. a.: Wir gehen morgen in eine neue Konferenz, in eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens und gegenseitiger Herzlichkeit. Zur Vertretung der Interessen Frankreichs auf der Konferenz der Alliierten müssen die Vertreter Frankreichs Handlungsfreiheit haben. Seit zwei Jahren hat Frankreich keine Bezahlung seiner Guthaben verlangt. Wenn Deutschland mit seinen unverletzten Bergwerken und Fabriken sich alle Weltmärkte öffnen könnte, wären diejenigen, die es angegriffen hat, ihm verfallen. Das französische Volk erwartet von seinem Parlament und seiner Regierung, daß sie ihm den Sieg und die Ergebnisse des Sieges zum Bewußtsein bringen. Heißt das systematische Anwendung von Gewalt? Nein! Frankreich, gegen das mit Diebstahl, Verwüstung und Plünderung vorgegangen worden ist, das mit Blut bedeckt ist, erklärt sich trotz seiner Macht dazu bereit, über das „Unmöglich“, das man ihm entgegenhält, zu diskutieren. Ich beabsichtige, bei den Alliierten durchzusetzen, daß unmittelbare Ergebnisse erreicht werden, die es Frankreich möglich machen, nicht mehr neue fiskalische Opfer bringen zu müssen. Wir werden in die Konferenz gehen als Gläubiger und wenn der Schuldner nicht für zahlungsunfähig erklärt wird, dann werde ich natürlich nur erwiesene Argumente des Schuldners annehmen. Die Alliierten müssen sich Rechenschaft geben von den finanziellen Möglichkeiten Deutschlands. Es wäre der schärfste Augenblick, wenn ein Pauschalbetrag die Alliierten für die Zukunft festlegen würde. Deutschland ist augenblicklich auf dem tiefsten Standpunkt angekommen. Wenn wir nicht Vorbehalte für die Zukunft machen würden, würden wir die Hereingefallenen sein. Deutschland arbeitet mit Emsigkeit. Es hat eine ungeheure Produktionskraft. Man muß also sofort provisorische Ergebnisse annehmen und andere für die Zukunft vorbehalten, oder man muß aus der Ungleichheit erkennen, ob es möglich ist, sofort finanzielle Ergebnisse zu erzielen und den Krieg wieder aufzunehmen. Die Alliierten haben das Vortrecht, festzustellen, ob Deutschland alle fiskalischen Anstrengungen gemacht hat, ob es seine Hilfsquellen auch lang anwendet, ob es nicht einen großen Teil seiner Hilfsquellen verheimlicht. Vor dem Krieg gab es 500 000 Beamte in Deutschland, jetzt sind es zwei Millionen. Das wird erspart werden müssen. Während des Krieges hat Frankreich Geld im Ausland geliehen, Deutschland aber nicht. Wenn die Kassen leer sind, so haben sich die Privatleute bereichert. Deutschlands Privatleute müssen jetzt dafür solidarisch sein, daß seine Pflichten erfüllt werden. Die französische Regierung wäre in besonderem Maße leistungsfähig, wenn sie nicht alle Mittel erschöpfen würde, bevor sie ihre Zuflucht zur Gewalt nehme. Es wäre gefährlich, zur Gewalt seine Zuflucht zu nehmen ohne Einverständnis mit den Alliierten. Während des Krieges hat man durch Schaffung einer Zentralorganisation besonders günstige Ergebnisse erzielt. Diese Einheit des Handelns muß wieder hergestellt werden. Ich bin überzeugt, daß die Alliierten diese Notwendigkeit einsehen und sich untereinander verständigen werden. Wenn aber die Forderungen festgesetzt sind und wenn die Zahlungsfähigkeit Deutschlands festgestellt ist, dann muß auch Deutschland dessen sicher sein, daß es dem Zwang entgegengehen wird, wenn es versuchen sollte, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Unseren Alliierten muß verständlich gemacht werden, daß das im Interesse aller liegt, damit wir eines dauerhaften Friedens teilhaftig werden.

Briand wandte sich dann der inneren Politik zu und erklärte, alle Mitarbeiter der Regierung seien fest entschlossen, weitgehende soziale Reformen durchzuführen. Die Wiederaufnahme der Beziehungen zum Vatikan sei eine Notwendigkeit. Dem Lob, dem vorgefertigen Fordergeot bezüglich des Katholizismus Ausdruck gab, stimme er von ganzem Herzen zu, aber der Kanal der auswärtigen französischen Politik könne der Katholizismus nicht (?) werden. Zum Schluß erklärte Briand, er nehme die Tagesordnung Arago an. In dieser Tagesordnung wird die Erklärung der Regierung gebilligt. Man habe das Vertrauen zu der Regierung, daß sie die Rechte Frankreichs im Einverständnis mit seinen Alliierten vertreten werde. Die Kammer lehne jeden weiteren Zusatz ab und gehe zur Tagesordnung über. — Diese Tagesordnung wurde mit 475 gegen 68 Stimmen angenommen. Darauf verlagte sich die Kammer bis Dienstag.

Auch England droht.

Berlin, 22. Jan. Wie Reuters feststellt, wird mit Bezug auf die Anwesenheit Bergmanns und der deutschen Finanzsachverständigen in Paris in Verbindung mit der Premierministerkonferenz in britischen maßgebenden Kreisen erklärt, daß die Deutschen sich da-

rüber klar werden müßten, daß dies die letzte Gelegenheit sei, den Alliierten die eigenen Reparationspläne vorzulegen. Die Alliierten verlangen nichts Unvernünftiges. Sie hätten in der Tat bereits große Zugeständnisse gemacht. Zweifellos würden die Deutschen das verstehen und einsehen, daß, wenn nichts geschieht, die Regelung über ihre Köpfe hinweg erreicht werden werde. — Welche ungeheuren Entschädigungen die Alliierten schon erhalten haben, das wird systematisch fortgeschwiegen. Man sieht übrigens hier die Wiederannäherung Englands an Frankreichs Auffassung deutlich.

Eine italienische Stimme über die Entschädigungsfrage.

Rom, 22. Jan. Bezüglich der Reise des Grafen Sforza nach Paris schreibt „Giornale di Italia“, in der Entschädigungsfrage werde eine Verständigung leicht zu erreichen sein. Die Frage der Reparationen hingegen werde wahrscheinlich zu einer tiefen Meinungsverschiedenheit Anlaß geben. Die italienischen Staatsmänner würden sich in dieser Frage von der guten italienischen Vernunft leiten lassen und bestrebt sein, eine praktische Lösung zu erreichen. Deutschlands Wiederaufbau müsse begünstigt werden, sonst sei Gefahr vorhanden, daß man, nachdem ein anständiges Abkommen abgelehnt worden sei, dem Konkursverfahren entgegengehe.

Deutschland.

Polnische Begründung für die Truppenaufstellungen an der deutschen Grenze.

Berlin, 21. Jan. Die polnische Gesandtschaft teilt uns mit: In letzter Zeit tauchen in der deutschen Presse immer häufiger alarmierende Gerüchte über angebliche große Zusammenziehungen polnischer Truppen in der Nähe der deutsch-polnischen Grenze auf. Gewisse Zeitungen wissen sogar von einem Heere von 200 000 Mann zu berichten. Die polnische Gesandtschaft in Berlin ist ermächtigt, diese Alarmmeldungen als völlig unbegründet aufs entschiedenste zu dementieren. Die polnischen Truppenbewegungen, die wohl den Anlaß zu den oben erwähnten Gerüchten gegeben haben, sind auf die Zurückziehung einzelner Regimenter von der östlichen Front zurückzuführen, die zwecks Demobilisierung gemäß den Rigaer Beschlüssen nach dem Standort ihres Ersatzbataillons befördert wurden. Einen gewissen Einfluß auf diese Truppenbewegungen hatten auch die besseren Versorgungsbedingungen in den westlichen polnischen Provinzen. Die infolge dieser Anordnung in den fraglichen Gebieten sich befindenden größeren Truppenmengen stehen jedoch in keinem Verhältnis zu den Ziffern, die die deutsche Presse glaubt bekanntgeben zu können.

Kautsky ändert seine Auffassung über die Schuld der deutschen Regierung am Kriege.

Berlin, 22. Jan. In den Mitteilungen der deutschen Liga für Völkerverständigung begrüßt Generalleutnant z. D. Graf Montgelas, daß Kautsky in seiner Schrift „Delbrück und Wilhelm II.“ nunmehr zugestehet, daß er der deutschen Regierung früher Unrecht getan habe und daß er nach seiner Einsicht der Alten seine frühere Ansicht nicht aufrecht erhalten könne. Deutschland habe nicht planmäßig auf den Weltkrieg hingearbeitet und habe ihn schließlich zu vermeiden gesucht.

Zur Frage der Neuregelung der Getreidebewirtschaftung.

Berlin, 21. Jan. Im badischen Landtag erklärte der Minister des Innern, es werde jetzt von den zuständigen Stellen ein Plan ausgearbeitet, nach dem jeder Landwirt nach Maßgabe seiner Anbaufläche und nach der des Erntergebnisses eine bestimmte Menge Getreide abliefern müsse. Das andere könne er dann für sich behalten. Die jetzt vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Zahlen über das Erntergebnis geben den Schätzungen der Ernte-Berichterstattung nur allzu Recht die schon längst vor der Ueberhäufung der Brotgetreideernte gewarnt haben. Eine Gegenüberstellung der Zahlen mit denen voriger Ernten beweist den ungeheuren Rückgang. Wurden doch i. J. 1913 4,54 Millionen, 1919 2,17 Millionen und 1920 2,25 Millionen Tonnen Weizen geerntet. In Roggen sieht es noch weit schlechter aus. Im Jahre 1913 wurden 12,22 Millionen geerntet, 1919 6,10 Millionen und 1920 4,47 Millionen Tonnen. Daß die vorige Ernte noch Ueberflüsse gehabt hätte, ist ein Märchen, im Gegenteil ist die diesjährige Ernte schon vor dem 16. Januar 1920 in Anspruch genommen.

Eine Konferenz über die Erwerbslosenfürsorge.

Berlin, 22. Jan. Wie die „Börzenzeitung“ aus Dresden erfährt, wird heute in Berlin eine Konferenz über die Er-

werbslosenfürsorge stattfinden, an der auch Reichsarbeitsminister Dr. Brauns teilnehmen wird. Es sollen auch die sehr dauerhaften jüdischen Verhältnisse erörtert werden, namentlich die ungeheure Not im Vogtland und die Arbeitslosigkeit, die den Reichsdurchschnitt um das 14fache übertrifft.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 22. Januar 1921.

Vom Rathaus.

* Unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Göhner fand am Donnerstag nachmittag eine öffentliche Sitzung des Gemeinderats statt. Die Verteilung des aus der Kaplan Braunschen Stiftung (vom Jahre 1497!) kommenden Stiftungszinses macht immer mehr Schwierigkeiten, weil es sich um Zuwendungen lediglich an Verwandte des Stifters handelt. Die Zuwendungen gelangen jetzt schon an Verwandte des 14. Verwandtschaftsgrades, und ihre Feststellung macht immer größere Schwierigkeiten. Die Verteilung erfolgt an Studenten und Schüler; ein Beitrag wird auch anlässlich der Heirat von Töchtern des Verwandtenkreises gegeben. Die Zuwendungen sind aber so klein, daß sie als Spende eigentlich kaum mehr in Betracht kommen. Da überdies die Verwaltungsarbeiten infolge der Auslandschaftung der Verwandtschaftsbeziehungen einen riesigen Umfang annehmen, so soll versucht werden, ob die Regierung nicht eine Abänderung der komplizierten Bestimmungen in der Richtung zuläßt, daß die Zuwendungen größer werden, und der Kreis der Empfangsberechtigten dadurch verringert wird. Die Verteilung der Zinsen für die Jahre 1919 und 1920 gab übrigens einen interessanten Einblick in die weitgehenden verwandtschaftlichen Beziehungen hiesiger Familien zu einander. — Architekt Müllers hat eine Sammlung von Vorbildern für Grabdenkmäler vorgelegt, die der Vorsitzende zur Erwerbung empfahl. Herr Müllers hat sich bereit erklärt, einen sehr niedrigen Preis anzusetzen, und außerdem die Aufsicht über etwaige Ausführungen zu übernehmen, wenn die Entwürfe ausgeführt, und auch ab und zu Entwürfe ausgeführt werden. Die ausführenden Bildhauer sollen beraten werden, und für die Verwendung seiner Entwürfe werden nur geringe Entschädigungen angefordert. Die Friedhofabteilung hat 46 solcher Entwürfe herausgesucht, deren Erwerbung beschlossen wurde, nachdem der Vorsitzende noch auf die Vorteile hingewiesen hatte, die der Pflanz guter und geschmackvoller Entwürfe für die äußere Gestaltung des Friedhofs biete. — In Sachen der geplanten Kraftverkehrslinie Herrenberg—Calw wurde der Gemeinderat um eine Forderung angegangen. Mit dieser Frage hat man sich hier schon seit 1913 befaßt. Damals hatte die Oberpostdirektion verschiedene Bedingungen gestellt, u. a. die, auf der Strecke Stammheim—Calw an der Einshwengung der Staatsstraße nach Mühlenthal die Quermühle zu besetzen, und ebenso die dort befindliche, dem Gutsbesitzer Dingler gehörige Mühle, die die Uebersicht bei der Wegbiegung verhindere. Herr Dingler ist mit der Besetzung einverstanden, wenn ein eiserner Zaun angebracht werde. Die Gemeinde Güttingen hat zudem den Wunsch zum Ausdruck gebracht, die Verkehrslinie nicht direkt von Dudenpfann nach Stammheim zu legen, sondern über Güttingen. Im Kollegium wurde gegenüber diesem Wunsche geltend gemacht, daß eine solche Linienführung nicht im Interesse des Verkehrs liege, da sie einen Umweg von 5 km (mit Preissteigerung von 250 M.) zur Folge habe, und das dortige Gelände sehr bergig sei. Die Anbringung einer geeigneten Haltestelle für die Güttinger Interessenten würde vielleicht auch genügen. Grundsätzlich wurde der Gedanke der Ausführung des Plans im Interesse der Verbindung mit den Bezirksorten sehr günstig aufgenommen, es soll jedoch versucht werden, die finanziell belastenden Vorbedingungen in Wegfall zu bringen. — Im Zusammenhang mit der Besprechung der Wohnungsmission wurde auch von Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion der Bewunderung Ausdruck gegeben, daß in der kürzlich in den Tageszeitungen erschienenen Statistik über die Preise der Lebenshaltung in Städten zwischen 5000 und 10 000 Einwohner Calw als eine der billigsten Gemeinden bezeichnet werden konnte. Der Vorsitzende stellte fest, daß die seitens der Stadtverwaltung gemachten Angaben auf genauer Untersuchung beruhen, und daß nach den eingegebenen Zahlen auf Grund der Lebensmittellisten Calw nicht als billigste Stadt angesehen werden könne. Die in den Zeitungen wiedergegebene Statistik sei wohl deshalb so ausgefallen, weil damals Gas, elektrischer Strom und Wohnungen sehr niedrig im Preis waren. — Die Stelle der an die Frauennarbeitschule Cannstatt verlehnten Handarbeitslehrerin Weich an der hiesigen Frauennarbeitschule wurde der Handarbeitslehrerin Uhl-Münch übertragen. — Gutsbesitzer W. Dingler sucht um Befreiung seiner Anecht Hof ziemlich weit außerhalb der Stadt gelegen, es daher seinem männlichen Personal nicht möglich sei, abends und zumal im Sommer, an den Feuerwehrlösungen teilzunehmen. Das Gesuch wird verständig für dieses Jahr genehmigt. — Der Verband der Installateure von Württemberg und Hohenzollern wünscht, daß bei Vergebung von städtischen elektrotechnischen Installationen nicht nur die städtischen Werke, sondern auch Privatinstallateure herbeigezogen werden, um eine gesunde Konkurrenz herbeizuführen. Nach der bisherigen Praxis hat die Einwohnerschaft hier das Recht, Installationen entweder durch das Elektrizitätswerk oder durch Elektrotechniker und Installateure ausführen zu lassen. Ein Zwang wird in keiner Weise ausgeübt. Der Gemeinderat sieht keinen Grund, von der bisherigen Übung abzugehen. — Die Ausbaggerungsarbeiten an der Nagold bei der unteren Brücke sind nun vollendet. Die Ausgaben betragen 14 000 M. Auf eine Anfrage des Stadtbauamts, ob nun auch Ausbaggerungsarbeiten oberhalb der Brücke ausgeführt wer-

Ämtliche Bekanntmachungen.

Gesetz über Verschärfung der Strafen gegen Schleichhandel, Preistreiberi und verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände.

Bom 18. Dezember 1920.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

§ 1. Wer sich des Schleichhandels, einer vorzähligen Preistreiberi oder einer vorzähligen verbotenen Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände schuldig macht, wird in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus von einem Jahre bis zu fünfzehn Jahren und mit Geldstrafe von mindestens zwanzigtausend Mark bestraft, das Höchstmaß der Geldstrafe ist unbefristet.

§ 2. Als besonders schwerer Fall ist es insbesondere anzusehen, 1. wenn der Täter aus Habgucht mit erheblichen Mengen von Gegenständen des täglichen Bedarfs Schleichhandel treibt; 2. wenn der Täter durch Preistreiberi aus Habgucht die wirtschaftliche Notlage der Bevölkerung in besonders verwerflicher Weise ausbeutet; 3. wenn es der Täter unternimmt, Vieh, Lebensmittel, Futtermittel oder Düngemittel ins Ausland zu verschleusen, es sei denn, daß es sich um geringfügige Werte handelt.

§ 3. Wird jemand auf Grund der §§ 1, 2 zu Zuchthaus verurteilt, so ist neben der Strafe auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und auf die Zulässigkeit von Polizeiaufsicht zu erkennen. Dem Verurteilten ist der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs im Urteil zu unterlagen. Die zuständige Verwaltungsbehörde kann die Wiederaufnahme des Handelsbetriebs erst gestatten, wenn seit Verbüßung der Strafe mindestens zwei Jahre verfloßen sind.

§ 4. Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, sowie die bei der Tat verwendeten Verpackungsmittel und Beförderungsmittel sind einzuziehen, wenn sie dem Täter oder einem Teilnehmer gehören. Andernfalls können sie eingezogen werden. Ferner ist anzuordnen, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekanntzumachen ist; die Bekanntmachung hat auch durch öffentlichen Anschlag zu geschehen.

§ 5. Eine Verurteilung nach §§ 1, 2 gilt, wenn sie wegen Schleichhandels erfolgt, als Vorbestrafung im Sinne des § 2 der Verordnung gegen den Schleichhandel, wenn sie wegen vorzähliger Preistreiberi erfolgt, als Vorbestrafung im Sinne des § 5 der Verordnung gegen Preistreiberi.

§ 6. Wird ein Ausländer wegen Schleichhandels, Preistreiberi oder verbotener Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände verurteilt, so kann die Landespolizeibehörde ihn nach Vollendung der Strafe aus dem Reichsgebiete verweisen. Die Verweisung muß geschehen, wenn der Ausländer auf Grund der §§ 1, 2 dieses Gesetzes oder auf Grund des § 2 der Verordnung gegen den Schleichhandel oder des § 5 der Verordnung gegen Preistreiberi zu Zuchthaus verurteilt worden ist.

§ 7. Für die Verbrechen des § 1 sind die Strafammern als erkennende Gerichte zuständig.

§ 8. Bestrafungen wegen der bisherigen noch nicht rechtskräftig abgeurteilten Zuwiderhandlungen gegen Strafverordnungen, die zum Schutze einer Verkehrsregelung erlassen sind, finden nicht mehr statt, soweit die Verkehrsregelung aufgehoben ist.

§ 9. Das Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1921 in Kraft. Gleichzeitig treten die Vorschriften des Artikels II § 2 und § 3 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 Satz 2 der Verordnung über Sondergerichte gegen Schleichhandel und Preistreiberi (Reichsgerichtsblatt vom 27. November 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 1999) außer Kraft. Der Reichsminister der Justiz bestimmt mit Zustimmung des Reichsrats, wann und in welchem Umfang dieses Gesetz außer Kraft tritt.

Berlin, den 18. Dezember 1920.
Der Reichspräsident: Der Reichsminister der Justiz, Dr. Heine.

Die Stadtdirektion Stuttgart und die Oberämter werden beauftragt, vorliegendes Reichsgesetz im Bezirksamtsblatt alsbald bekannt zu geben und für öffentlichen Anschlag in den Gemeinden Sorge zu tragen.
Stuttgart, den 10. Januar 1921.
Ernährungsministerium. Schall.

den sollen, erklärt der Gemeinderat, von einer weiteren Ausdehnung der Arbeiten abzusehen, da die jetzigen Vorkehrungen gegen Hochwassergefahr voraussichtlich genügend seien. Die Arbeiten oberhalb der Brücke würden einen Betrag von 11 000 Mark erfordern. — An dem früher Eisenhardt'schen Hause mußte der vorgebaute Schuppen wegen des morsch gewordenen Holzes abgebrochen werden. Ein Wiederaufbau lohnt sich nicht und ist auch nicht notwendig. An die Stelle des Schuppens soll ein Gärtchen kommen. Die Stadtmauer soll zunächst belassen werden. — Es sind 2 Gabelsberger Stenographiekurse zustande gekommen. Die Leiter der Kurse suchen zur Abhaltung des Unterrichts um ein Lokal im Mädchenhochschulhaus nach. Das Gesuch wird genehmigt unter Ansatz einer Entschädigungsgebühr von 2 M für Licht pro Abend. — Die Ministerialabteilung für höhere Schulen weist als Beitrag für die Lehrergehälter für 3 Vierteljahre den Betrag von rund 109 000 M an.

Die Normierung der Wohnungsmieten. Wie wir schon kurz mitgeteilt haben, hat eine aus Vermietern, Mietern und Mitgliedern des Gemeinderats zusammengesetzte Kommission unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Göhner über die Eingabe des Haus- und Grundbesitzervereins bezüglich der Regelung der Wohnungspreise beraten. Die Verhandlungen hatten das Ergebnis, daß man sich auf folgende Anträge an den Gemeinderat einigte:

1. Eine örtliche Wohnungskommission zu bestellen, bestehend aus: a) dem Stadtbauamtsleiter, bezw. seinem Stellvertreter als Vorsitzendem, b) Karl Reichert, Kaufmann hier als ordentliches Mitglied (Vermietervertreter), c) Gemeinderat Bezel als ordentliches und Lokomotivführer Fink als stellvertretendes Mitglied (Mietervertreter). 2. dieser Kommission die Anweisung zu erteilen, auf Ersuchen des Mietvereinsamts oder auf Antrag einer Partei in Tätigkeit zu treten; die Wohnung zu besichtigen, wozu Mieter und Vermieter einzuladen wären, un-

ter Berücksichtigung aller Eigenschaften (Vorzüge und Nachteile) der Wohnung, diese einzuschätzen und die Einschätzung auf Ansuchen schriftlich zu bestätigen. 3. Zu diesem Zweck der Kommission folgende Mietsbeträge als ab 1. April 1921 bis auf weiteres ortsübliche Mindestsätze für die Zimmerreinheit (Nebenzimmer und Zubehörteile inbegriffen) zu bezeichnen: a) für besonders schöne Wohnungen 250 M, b) für bessere Wohnungen 200 M, c) für Wohnungen mittlerer Güte 150 M, d) für geringere Wohnungen 120 M. Dabei sollen kleine Zimmer, soweit sie nicht als Nebenräume anzusehen sind, als halbe Zimmer in Rechnung gestellt und für besondere, bei der Einstufung nicht berücksichtigte Bequemlichkeiten, wie Badezimmer, Gartenanteil usw. entsprechende Zuschläge gemacht werden; an Wasserzins, Latrineneinleitungsgebühren und Kaminreinigungsgebühren sollen sodann als nicht inbegriffen die anteilsmäßigen Auslagen des Vermieters hinzugerechnet werden; 4. festzustellen, daß bei diesen Sätzen eine Gemeindefürsorge auf das Gebührende in Höhe von 30 % eingerechnet ist, daß aber dem Vermieter zugunsten der Mieter auf die Höhe von 35 % ohne Verteilung auf die Mieter auf sich zu nehmen; bei einer höheren Gemeindefürsorge aber der Hausbesitzer berechnete, den über 30 % hinausgehenden Steuerbetrag seinen Mietern aufzurechnen; 5. ferner ausdrücklich festzustellen, daß die Einschätzung der Kommission eine rein sachliche sei, die auch dem Mietvereinsamt eine Unterlage für seine Entscheidung sein könne; daß dieser aber durch die Schätzung in keiner Weise vorgegriffen werden müsse, im Gegenteil es dem Mietvereinsamt überlassen werden müsse, auch unter Berücksichtigung anderer Umstände und Verhältnisse (Erwerbs-, Vermögens-, Kronleihenverhältnisse usw.) seine Entscheidung nach billigem Ermessen zu fällen; 6. vom Antragsteller (Mietvereinsamt oder Partei) für die Finanzsicherung dieser Kommission eine Gebühr (ohne Rücksicht auf die Zeitverläumdung) in Höhe von 5 M und für schriftliche Bestätigung eine solche in Höhe von 1 M zur Stadtkasse anzusetzen, die zu zahlenden Tagelöhner (zur Zeit 4 M 50 Pf pro Stunde) dagegen auf die Stadtkasse zu übernehmen; 7. die Stadtkasse zu beauftragen wegen einer Revision der Beträge mit Mietern städtischer Wohnungen Verhandlungen einzuleiten auf obiger Grundfrage und im Benehmen mit dem Stadtbauamt (Kommission) Anträge an den Gemeinderat zu stellen.

Nachdem Herr Maier bezüglich des Sinnes der Eingabe bemerkt hatte, daß die von der Generaldirektion der Eisenbahnen festgesetzten Wohnungssätze nur auf hygienisch und sonst einwandfreie Wohnungen angewandt seien, und daß dort eine 3 Zimmerwohnung auf 450 M komme, und daß die jetzige Normierung die Beamten und Arbeiter, die etwa 4—500 M mehr bezahlen müßten, schwer treffen würde, da die staatlichen Angestellten überdies noch in einer sehr geringen Ortsklasse seien, und der Vorsitzende erwidert hatte, daß die Wohnungs- und sonstigen Verhältnisse ja berücksichtigt werden würden, und übrigens auch die Mietervertreter dieser Erhöhung zugestimmt hätten, wurden die Anträge ohne sonstigen Widerspruch angenommen.

Zum Vorhinein im Ortschulrat.

Das Ministerium des Kirchen- und Schulwesens erläßt eine Bekanntmachung im „Staatsanzeiger“, in der es heißt: Auf 15. Januar ist der Vorsitz im Ortschulrat an die Lehrerschaft der Volksschule übergegangen. Dem Ministerium ist es ein Bedürfnis, aus diesem Anlaß den Ortsvorstehern und Geistlichen, die bisher den Vorsitz geführt und dabei der Schule wertvolle Dienste geleistet haben, seinen besonderen Dank auszusprechen.

Das Weltbild der Relativitätstheorie.

Im Georgenäum hielt gestern abend Professor Kaiser vom hiesigen Realgymnasium vor einem überaus zahlreichen Zuhörerkreis aus allen Schichten der Bevölkerung einen hochinteressanten Vortrag über „das Weltbild der Relativitätstheorie“. Der Redner gab im großen ganzen einen Uebersicht über den Entwicklungsgang, den die Auffassung bezüglich des Weltbildes und der für das Naturgeschehen geltenden physikalischen und im Zusammenhang damit mathematischen Gesetze gemacht hat, und zwar von der Anschauungswelt der alten Griechen an bis zu den Ergebnissen der neuesten Forschungen, wie sie sich in der sog. Relativitätstheorie von Professor Einstein darstellen. Die über 2 Stunden dauernden Ausführungen, die zum Schluß noch durch anschauliche Lichtbilder näher erläutert wurden, boten in ihren gewaltigen Ausmaßen in bezug auf Stoff und Gedanken auch für den Laien eine Fülle von Eindrücken und Anregungen, die ihm im Hinblick darauf, daß in der nächsten Zeit die Einsteinsche Lehre stark in den Vordergrund der wissenschaftlichen und öffentlichen Erörterungen treten wird, von besonderem Wert sein dürften. Wiederholt großer Beifall, der auch durch entsprechende warme Dankesworte des Vorsitzenden der Georgenäumverwaltung, Rektor Dr. Knobel, unterstrichen wurde, brachte die bewundernde Anerkennung der Zuhörer für die Darbietungen zum Ausdruck, und zugleich wohl auch einen kleinen Dank für den gewaltigen Aufwand an Zeit und Arbeit, der diesem inhaltlich wie formell vollendeten Vortrag vorausgegangen sein mußte. — Wir werden noch einen Bericht über den Inhalt des Vortrags selbst bringen.

Antrag auf Aufhebung der Flachsbeiwirtschaftung.

Bürgerpartei und Bauernbund beantragen: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, dahin zu wirken, daß nach der bereits erfolgten Aufhebung der Flachsbeiwirtschaftung sofort auch die Flachsbeiwirtschaftung aufgehoben wird, damit es den Flachsbesitzern ermöglicht wird, noch vorrätigen Flachs in der früher üblichen Weise zu spinnen und weben zu lassen.

Die Nacht.

Zu dem Artikel in...

Die „Nacht“ von... hand der deutschen Freiheit... anstalten zunächst einger... Reichsregierung und an... Stelle der weggefallenen... Regelung des Schulwe... fahprüfung treten zu la... den behördlichen Erlasse... 6 Klassen höheren Schu... Ausnahmefällen erfol... von Schülern deutsc... gemacht, den von ihnen... zu lesen. Das Bedürf... unermindelter Stärke... berechtigten, vorher... Reichsverbandsprüfung... schließlich war der Bes... zshalten nicht nur von... von einer solchen für... wurde weit über die G... wird auch außerhalb de... in öffentlicher Beamtu...

Bei der Begründung... Privatlehrerorganisation... ihrem bisherigen Inhal... lichen Teil den Prüflin... gen Nutzen für ihr spä... schließlich war der Bes... zshalten nicht nur von... von einer solchen für... wurde weit über die G... wird auch außerhalb de... in öffentlicher Beamtu...

Den Privatschul... betene Einschätzung de... in die Veranstaltung be... voll und willkommen ge... fang den Charakter eine... wollen mit dieser ledig... dringend empfundene... Ueberzeugung der weite... bilden die Privatschul... Veranstaltung. Eben... tärlichen Kommission... 7. Klasse einer höhere... anstalt der Reichsver... tigung. Die Bekannt... das von seiten der gene... noch irgendwo von ihne... Dem Grundsatz, daß... gestellten Stellen wesent... Amteater ausschlaggeb... können doch so zahlreic... lichen Kreisen, in die... ihrer Allgemeinbildu... Internat verbundenen... Wir bezweifeln aber, be... der wirtschaftlichen Ver... tenanwärtern auf den... dungstufe (durch Klaf...

14. Kaiser Karl d.

Historische... Der Nacht, wo sie... selbst war ihr aber ganz... ausgeführt habe, auch... Welt einzutreten, aber... Gefühl, daß sie ihr zu... lich; sie schämte sich ihr... alle Dankbarkeit gegen... deihen des kühn und... hegte, konnte diese... Hoheit ihres ägyptisc... den Sternen vertraulich... mer ihres Landes jetzt... und alles sich zur U... Verbreden ihres Volks... ihrer Flucht nach Äg... mit ihrem seligmachend... erhob aber dieses sein... ein Regenbogen, der... „Nur unsere Schuld noch... um den Mond erblickte... daß ihr Herz aufjauch... Echnischt hat mein... nach jenen Hügeln ge... zu erwarten, und ich... Was haben sie mit mi...

Vorzüge und Nachteile
Einschätzung auf
Zweck der Kommis
April 1921 bis auf
Zimmererbeit (Neben
bezeichnen: a) für be
für bessere Wohnun
Güte 200 M. d) für ge
geringe Wohnun
soweit sie nicht als
Zimmer in Rechnung
Stufung nicht berücks
mer, Gartenanteil um
an Wasserzins, Patri
nigungsgebühren solle
smäßigen Aussehen
aufzustellen, daß bei
das Gebäude in
ber dem Vermieter zu
beumlage bis zu 25 %
zu nehmen; bei einer
usbehalter berechtigt
bertrag seinen Mietern
aufstellen, daß die Ein
stliche sei, die auch dem
seine Entscheidung sein
ng in keiner Weise vor
es dem Mietverhältnis
r Berücksichtigung and
es, Vermögens, Krank
nach billigem Ge
Mietverhältnis oder
er Kommission eine Ge
stimmnis) in Höhe von
eine solche in Höhe von
stehenden Tagelohn (zu
auf die Stadtklasse zu
tragen wegen einer Re
stlicher Wohnungen Ver
andage und im Beson
m) Anträge an den Ge
es Einmütiges der Ein
er Generaldirektion der
nur auf hygienisch und
den seien, und daß dort
ame, und daß die letzte
er, die etwa 4-500 M
würde, da die staatliche
sehr geringen Ortskass
ste, daß die Wohnungs
gt werden würden, und
er Erhöhung zugestimmt
den Widerspruch ausge

Schulrat.
Schulwesens erlöst eine
in der es heißt: Auf
krat an die Lehrerschaft
nisterium ist es ein Be
rsehern und Geistlichen,
bei der Schule wertvoll
nen Dank auszusprechen

Lehrertheorie.
Lehrer Professor Kaiser
nem überaus zahlreichen
Bevölkerung einen hoch
bild der Relativitäts
ganzen einen Ueberblick
Auffassung bezüglich des
sehen geltenden physik
mathematischen Geset
schauungswelt der alten
er neuesten Forschungen
rie von Professor Ein
dauernben Ausführu
auliche Lichtbilder nahe
stigen Ausmaßen in be
ben Laien eine Fülle von
im Hinblick darauf, daß
hre stark in den Vorder
ffentlichen Erörterungen
n dürften. Wiederholter
sehende warme Dankes
umsverwaltung, Rektor
brachte die bewundernde
bietungen zum Ausdruck.
Dank für den gewaltigen
em inhaltlich wie formel
ein mußte. — Wir wer
halt des Vortrags selbst

Landwirtschaft.
antragen: Der Landwirt
n zu ersuchen, dahin wir
erfolgten Aufhebung der
Landwirtschaft auf
bestimmten ermächtigt wird
üblichen W... spinnen

Die Reichsverbandsprüfung.

Zu dem Artikel in Nr. 14 des „Calwer Tagblattes“ wird uns geschrieben:

Die Reichsverbandsprüfung wurde vom Reichsverband der deutschen freien (privaten) Unterrichts- und Erziehungsanstalten zunächst eingerichtet, weil trotz dringenden Erfordernisses an die Reichsregierung und an die Regierungen der Einzelstaaten, an die Stelle der weggefallenen Einjährigen-Prüfung bis zur endgültigen Regelung des Schulwesens im Reich und in den Ländern eine Ersatzprüfung treten zu lassen, nicht entsprochen wurde, und weil nach den behördlichen Erlassen die Zulassung zu den Schulprüfungen der 6 Klassen höheren Schulen nur noch in bestimmten eng begrenzten Ausnahmefällen erfolgen durfte. Dadurch war es vielen Tausenden von Schülern deutscher Privatschulen auf einen Schlag unmöglich gemacht, den von ihnen erstrebten Nachweis ihres Bildungsabschlusses zu liefern. Das Bedürfnis für einen solchen Nachweis ist aber in unermindelter Stärke, insbesondere auf Seiten der Erziehungsberechtigten, vorhanden, wie die zahlreiche Beteiligung an der Reichsverbandsprüfung im ganzen Reich bis jetzt erwiesen hat. Tatsächlich war der Besitz des „Einjährigen-scheines“ in den letzten Jahren nicht nur von militärischer Bedeutung, sondern überwiegend von einer solchen für das Wirtschaftsleben, in welchem er geltend wurde weit über die Grenzen Deutschlands hinaus. Diese Tatsache wird auch außerhalb der Privatschulkreise, auch von Schulmännern in öffentlicher Beamtung anerkannt.

Bei der Begründung der Reichsverbandsprüfung dachten die Privatschulorganisationen nicht daran, die Einjährigenprüfung in ihrem bisherigen Inhalt fortsetzen zu wollen, der in einem wesentlichen Teil den Prüflingen bei erheblichen Schwierigkeiten nur geringen Nutzen für ihr späteres Leben brachte. Zwar mußte die Prüfung mit Rücksicht auf den bisherigen Bildungsgang der Schüler einstweilen auf der Grundlage der Anforderungen der Einjährigenprüfung stattfinden, sie soll jedoch in ihrem weiteren Ausbau den Anforderungen des Wirtschaftslebens möglichst vollkommen entsprechen und den Prüflingen den Uebertritt in das Feld der dem Vaterlande so notwendigen produktiven Arbeit leicht und unmittelbar gestalten. Die Privatschule glaubt damit, in selbständiger, bahnbrechender Arbeit, für welche sie seit Jahrzehnten den unbestrittenen Befähigungsnachweis erbracht hat, mit zur Lösung der großen Schulaufgaben beizutragen, im Rahmen einer die angemessene Freiheit gewährenden Gesetzgebung, ohne Beeinträchtigung des organisierten Aufbaus des öffentlichen Schulwesens, aber im Einklang mit den Bedürfnissen des Lebens und dem Willen der Erziehungsberechtigten.

Den Privatschulorganisationen wäre zwar die wiederholt erbetene Einsichtnahme der Schul- und anderen zuständigen Behörden in die Veranstaltung bezüglich ihres Inhalts und ihrer Form wertvoll und willkommen gewesen, ohne daß sie jedoch dadurch der Prüfung den Charakter einer öffentlichen Einrichtung geben wollten. Sie wollen mit dieser lediglich einer von den Erziehungsberechtigten als dringend empfundenen Notwendigkeit entsprechen, die auch nach der Ueberzeugung der weiteren Öffentlichkeit vorhanden ist. Darin erblicken die Privatschulorganisationen Rückhalt und Stütze für ihre Veranstaltung. Ebenjedenfalls als das Bestehen der früheren militärischen Kommissionsprüfung das Recht zum Eintritt in die 7. Klasse einer höheren Lehranstalt verliehen hat, erwarten die Veranstalter der Reichsverbandsprüfung für diese eine derartige Berechtigung. Die Bekanntmachung nimmt deshalb Stellung zu etwas, das von Seiten der genannten Organisationen weder vertreten wird, noch irgendwie von ihnen behauptet wurde.

Dem Grundsatze, daß bei der Zuteilung von Beamten- und Angestellten-Stellen wesentlich die besondere persönliche Eignung der Bewerber ausschlaggebend sein soll, wird rückhaltlos zugestimmt, können doch so zahlreiche fähige Köpfe, insbesondere auch aus ländlichen Kreisen, in die genannten Verufe gelangen, die hinsichtlich ihrer Allgemeinbildung auf die Privatschule, insbesondere die mit Internat verbundenen Landeserziehungsheime u. a., angewiesen sind. Wir bezweifeln aber, daß von den Behörden und den Angehörigen der wirtschaftlichen Verufe für die Folge bei der Auswahl von Stellenanwärtern auf den formalen Nachweis einer bestimmten Bildungsstufe (durch Klassen- oder Prüfungszeugnis) verzichtet wer-

Isabella von Aegypten

Kaiser Karl des Fünften erste Jugendliebe.

Historische Erzählung von Achim v. Arnim.

Der Nacht, wo sie den Erzherzog gesehen, erinnerte sie sich, er selbst war ihr aber ganz entfallen, sie konnte sich nicht denken, wie er ausgesehen habe, auch schien ihr das wenig wert; sie freute sich, in die Welt einzutreten, aber sie fürchtete, die sie umgaben, und das Gefühl, daß sie ihr zu schlecht wären, überraschte sie sehr schmerzhaft; sie schämte sich ihrer, weil sie ihren Vater gekannt hatte, und alle Dankbarkeit gegen Braka, alle Freude, die sie über das Gedelhen des kühnen und glücklich erschnittenen Wurzelmannchens hegte, konnte diese Scham nicht unterdrücken. Es lag ihr die Hoheit ihres ägyptischen Stammes im Blute, und sie sah zu den Sternen zutraulich als zu ihren Ahnen und fühlte den Sommer ihres Landes jetzt in dem kalten Oktober, wo der Nil sinkt und alles sich zur Arbeit regt, aber sie mußte auch das alte Verbrechen ihres Volkes, daß sie der heiligen Mutter Maria auf ihrer Flucht nach Aegypten kein Obdach geben wollten, als sie mit ihrem seligmachenden Kinde im starken Regen eintritt; da erhob aber dieses seine Hand im Kreise, und über ihnen stand ein Regenbogen, der seinen Tropfen auf sie niederfallen ließ. „Ist unsre Schuld noch nicht gebüßt!“ seufzte Bella, und rings um den Mond erblickte sie einen wunderbaren farbigen Kreis, daß ihr Herz aufschlug und ohne Worte betete. „Mit welcher Sehnsucht hat mein geliebter Vater Michael,“ dachte Bella, „nach jenen Hügeln geliebt, den ersten Gruß der Morgenröte zu erwarten, und ich soll sie hier in der Stille nie wiedersehen. Was haben sie mit mir vor, die mich umgeben, soll ich fliehen

den kann und wird. Wenigstens beweisen im neuen Staat erlassene behördliche Verfügungen neueren Datums das Gegenteil.

Am hiesigen Plage befinden sich 2 bedeutende bewährte Privatschulen, die durch jahrzehntelange Tätigkeit ihren guten Ruf im Inland und weit draußen in der Welt gefestigt haben und die auch jetzt wieder dazu berufen sind, die im vaterländischen Interesse so wünschenswerte geistige Verbindung mit den anderen Völkern, die für uns Deutsche dafür in Betracht kommen, nach langer Trennung wiederherzustellen. Da der Einsender der Bekanntmachung wohl nicht in behördlichem Auftrag gehandelt hat, darf gefragt werden, ob bei der Einleitung die objektive oder subjektive „Wirklichkeit“ für ihn die stärkere war.

Wirt. Auftragsstelle.

Durch eine Entschließung des Staatsministeriums wurde der Wirt. Auftragsstelle die Notwendigkeit verliehen. In der Auftragsstelle haben sich die Handelstammern, die Handwerker-Wirt. Anstalten, der Verband wirt. Industrieller, sowie der Zentralverband des deutschen Großhandels-Verbands, Regirungsgruppe Württemberg, vereinigt zur Erfüllung der Aufgabe, Weberauftrag-Aufträge aller Art, Reichs- und Landesaufträge, sowie sonstige Sammelaufträge zu vermitteln, zu vertreiben und gegebenenfalls zur Ausführung im Wege der Weitervergebung zu übernehmen. In der ersten Mitgliederversammlung wurde Fabrikant Karl Christian Gutmann in Stuttgart bei Firma Held und Ehrenreißer Julius Lorenz hier zu Vorstehenden gewählt. Der Geschäftsführer soll in einer weiteren Mitgliederversammlung am 22. ds. Mts. bestellt werden. Die Wirt. Auftragsstelle hat ihre Tätigkeit bereits aufgenommen (Anschrift: Stuttgart, Alter Schloßplatz 4, Prinzenbau). Die Wirt. Auftragsstelle m. b. H., die ebenfalls im Prinzenbau untergebracht ist, ist seit September eine rein private Gesellschaft. Sie hat mit der Wirt. Auftragsstelle nichts gemein.

Unzüchtige Preistreiber.

Man schreibt uns: Eine Preistreiber bei der Eierverforgung entsteht schon jetzt dadurch, daß städtische Verbraucher bereits Befehle ausgegeben auf Eier für die Einnahme zu Preisen von 2 bis 250 M. und 3 M. pro Stück auf dem Lande werden. Von sachkundiger Seite wird berichtet, daß in der Haupterntezeit (März bis Mai) die Eierpreise weit niedriger sein werden, da die Hühneraufzucht im Lande stark zugenommen und sich in manchen ostpreussischen Ländern die Eierproduktion bereits dem Friedensstande genähert hat. Wenn gleichzeitig mit der Produktionsvermehrung eine Verringerung der Futtermittel, nämlich die heutigen Preise gerade um die Hälfte sinken.

Reine Reichsmittel für den Wohnungsbau.

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Eine durch die ganze Presse gehende Mitteilung, nonach im Haushaltsauschuss des Reichstags 925 Millionen Mark neue Mittel für den Wohnungsbau verwilligt sein sollen, ist geeignet, in den beteiligten Kreisen unbegründete Hoffnungen zu erwecken. Es handelt sich um die Verwilligung von Mitteln, die i. J. 1920 bereits ausgegeben worden sind. Nach den bestimmten Erklärungen des Reichsfinanzministeriums ist für das Rechnungsjahr 1921 mit neuen Reichsmitteln für den Wohnungsbau nicht zu rechnen, vielmehr müssen die Mittel zur Förderung des Wohnungsbaus künftig ausschließlich von den Ländern und Gemeinden gewährt und von den Steuerzahlern durch besondere Abgaben aufgebracht werden. Sollte die Verabschiedung eines Reichswohnungsabgabengesetzes in absehbarer Zeit nicht gelingen, so ist in Württemberg mit einem selbständigen Vorgehen der Regierung zu rechnen. Diese ist überzeugt, daß die Förderung des Wohnungsbaus mit öffentlichen Mitteln auch i. J. 1921 im Interesse der Wohnungssuchenden und der Beschäftigung des für das ganze Wirtschaftsleben wichtigen Baugewerbes unumgänglich notwendig ist. Auch der wirt. Landtag wird sich der Zustimmung zu der weiteren Belastung der Bevölkerung mit Abgaben, die selbst bei äußerster Sparsamkeit im Woh-

nungsbau die unvermeidliche Kehrseite der Maßregel bildet, wohl nicht entziehen wollen.

Erhöhte Bautätigkeit im Frühjahr.

Für das kommende Frühjahr wird in den maßgebenden Kreisen des Baugewerbes und des Baumaterialienhandels mit einer starken Zunahme der Bautätigkeit gerechnet. Zahlreiche Bauunternehmer sind bereits bemüht, sich tüchtige Bauarbeiter und Facharbeiter zu sichern, was ein sicheres Zeichen für die Wiederbelebung des Baugewerbes darstellt.

(S. B.) Revenburg, 21. Jan. Der städtische Bauhaushalt weist bei 669 028 M. Ausgaben und 495 516 M. Einnahmen einen Abmangel von 173 482 M. auf, der durch eine Umlage von 24% auf Grundgewerbe und Gebäude zu decken ist. Mit Wirkung vom 1. Januar 1921 ab wird eine Bierverbrauchsabgabe in Höhe von 30 bzw. 65 Pf. für 1 Hektoliter; desgleichen ab 1. April eine Hundsteuer mit 40 M. für den ersten und 60 M. für jeden weiteren Hund eingeführt. Der Wasserzins wird ab 1. April 1921 um 100% erhöht und der Schulostenbeitrag arbeitsfähiger Haushälter von seither 10 auf 30 M. jährlich festgesetzt; außerdem soll von auswärtigen Frauenarbeitsfähigerinnen ein Schulostenbeitrag von 40 M. für jeden Kurs erhoben werden.

(S. B.) Stuttgart, 21. Jan. Im Gemeinderat wurde mitgeteilt, daß der in das Reichsarbeitsministerium berufene Oberbürgermeister Dr. Bötzgen auch sein Mandat zum Gemeinderat niederlege. Oberbürgermeister Bantenschlager wählte ihm warme Worte der Anerkennung für seine Tätigkeit in den bürgerlichen Kollegien, denen er seit 1909 angehört. Als Ersatzmann tritt Rechtsanwalt Fritz Bayer in den Gemeinderat ein. — Der Gemeinderat stimmte der Ermäßigung des Gaspreises von 135 M. auf 125 M. für das Kubikmeter zu. Seit 1917 ist der Gaspreis 10mal erhöht worden, von 13 S. bis auf 135 M. Dies ist der erste Schritt zu einem Preisabbau.

(S. B.) Aalen, 21. Jan. In Sachen des vor einiger Zeit mitgeteilten Falles, in dem eine hiesige Firma zu Zwecken elektrischer Schweißung zu wenig Lieferpreis an die Stadt bezahlte, weil ein unrichtiger Strom- bezw. Spannungswandler eingebaut war, hat man eine Preissumme von etwas über 70000 Mark errechnet. Die Verhandlungen werden auf der Basis geführt, daß die betr. Firma 30000 M., die den Spannungswandler liefernde Gesellschaft 20000 M. und den Rest die Stadt zu leisten hätte. Die Liefergesellschaft wünscht, ihren Teil in Material beglichen zu dürfen. Man kann den Vergleich so auffassen, daß dann die Stadt für den Strom nur etwa den Selbstkostenpreis erhält. Voraussichtlich ist damit der Fall erledigt. Die Verlegung des Geschäfts und Arbeiterentlassungen würden damit entfallen.

Reklameteil.

Bilanz der 1. Württbg. Genossenschaftsbrauerei Ludwigsburg.

Die Mitgliederzahl dieses Unternehmens betrug, nachdem 76 neue Zugänge und 22 Abgänge (und zwar 9 durch Tod, 4 durch Uebertragung und 9 durch Kündigung) erfolgten, am 30. September 1920 1534 (im Vorjahr 840).

Das Genossenschaftsvermögen vermehrte sich von 1 859 300 M. auf 3 049 500 M.

Der Schadverkehr der dem Unternehmen angegliederten Sparkasse, war ein sehr reger.

Die Spareinlagen waren am Ende des Geschäftsjahres 845 000 M.

Die Gesamteinnahmen aus Bier, Nebenprodukten und sonstigem betrugen 2 530 145,59 M., nach Abzug der Unkosten, Rohmaterialien, Steuer usw. verbleibt ein Bruttogewinn von 337 299,74 M., von dem für Abschreibungen und Rückvergütungen 165 648,40 M. benötigt waren, so daß ein Reingewinn von 171 651,34 M. zur Verfügung steht, aus dem 6% Dividende auf Geschäftsanteile verteilt, sowie für den Hektoliter bezogenes Bier 3 Mark rückvergütet werden. Es sollte daher jeder Wirt sein Bier aus der Genossenschaftsbrauerei beziehen, denn diese Vorteile werden ihm von keiner anderen Brauerei geboten.

in die Weite, soweit meine Füße mit tragen, die Welt ist ja nirgend verschlossen!“ — Die Sehnsucht nach der Freiheit bewegte sie, da flüsterte ihr Braka leise zu, die sich ihr genähert: „Der Värnhäuter hat schon alles ausgelacht, der Cornelius reitet auf seinem Raden, hast du noch was mitzunehmen?“ — „Es freilich,“ sagte Bella, „da sind noch meine Puppen und das Zauberbuch.“ — „Ach, liebes Kind,“ sagte die Alte, „das hat der grobe Värnhäuter aus Unvernunft alles in den Ofen geworfen; sei nur nicht böse, tröste dich.“ — Bella sah nieder: „So muß ich auch das alles verlassen, womit ich gespielt habe.“ — „Na, liebes Mädchen,“ sprach Braka und umarmte sie, „ich habe es dir schon seit ein paar Wochen sagen wollen, du bist nun erwachsen, kannst auch alle Tage einen Mann nehmen; freust du dich nicht, Wilmhädchen? Wie ist dein Bufen hervorgetreten wie eine Frucht unter Blättern, und du hast es nicht bemerkt, sieh, der Mond hat Platz, seine Strahlen hinüberzuerollen.“ — „Alte, bist du unfähig?“ fragte Bella. — „Ach laß mich,“ sagte Braka, „es ist Nacht, und ich mag auch einmal vergessen, wie ich mich in aller Welt gleich einem Rauchbesen umhergetrieben, alle Spinnweben, allen Schmutz ausgekehrt habe, daß ich schmutzig bin und bleibe. War auch einmal jung und artig, sang mit unsern schönen Jünglingen und reimte Lieder, und nun ich dich so sehe und du von allem nichts weißt, was mit dir geschieht, da denke ich für dich und freue mich für dich. Sieh, du bist nun ein großes Mädchen, und alle Lust geht dir auf, und wo du hinblickst, jeder fühlt und will was bei dir, und wenn du nur eine Hand ausstreckst, wird es ihnen heiß in allen Adern, sie flammern und scheuen sich und rasen und Herzen, und blindest du einen an und dann den andern, so schlagen sie sich und

rechnen ihr Blut für nichts gegen dein Blut und vergleichen es für dich.“ — „Ach Gott,“ rief Bella, „welch ein Unglück steht mir bevor, lieber lauf ich davon und verberg mich aller Welt!“ — Braka hielt sie und sagte: „Hilfen willst du, unartiges Kind? Wenn du dir das je unterstellst, ich will dich schon wiederkriegen, da peitsche ich dich mit Brenneffeln. Du bist doch noch dumm wie ein Klotz; wenn man der dummen Gans alles Liebe sagt und tut, sie versteht kein Wort; komm jetzt herein, wir haben keine Zeit übrig, ein andermal sag ich dir mehr!“ — Sie schob Bella ins Haus, die wunderbar bewegt von dem, was sie gehört, noch mehr von dem, was sie erwarten sollte, sich über den Verlust ihrer Bücher und Puppen tröstete und den Värnhäuter kaum anstaunte, der in seiner braunen Uvrei einem Vären gleich, auf welchem der Traum wie ein menschlich angezogener Affe ritt, um sich auf einer Kirnes setzen zu lassen. Braka ging voran, Bella folgte ihr, der Värnhäuter schlug die Tür zu; alle waren still, nur Braka brummelte vor sich, wenn sie den verschneiten Weg nicht recht erkennen konnte. Auf dem Galgenberge sahen sie großen Tanz, sie kehrten sich nicht daran; ein paar mal wurden sie durch Feldhühner erschreckt, die aus dem Schnee aufflogen. Endlich sahen sie das Dorf Buik in einer Vertiefung liegen, und Braka erkannte die Lampe ihrer alten Diebschwester, der Nicthen.

Sie näherten sich leise einer Gartentür, und Braka machte ihre Gegenwart durch Wachtelgeschrei kund. Es kam ein kleines Mädchen, die sah sie an, machte die Türe auf und führte sie in einen Keller und durch den Keller die Treppe hinauf in ein Bodenzimmer, das durch die Türe eines Nebenimmers erleuchtet wurde.

(Fortsetzung folgt.)

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.
 Am Montag, den 24. ds. Mts. vormittags von 8-12 Uhr können beim Stadtschultheißenamt Wahlcheine beantragt werden.

Abgängiges Bauholz
 kommt am Montag, den 24. Januar 1921, mittags 12 Uhr beim Georgendamm zum Verkauf.
 Calw, den 21. Januar 1921.
 Stadtpfleger: Frey.

Stadtgemeinde Calw.
 Auf den Anschlag am Rathaus betr.
Gebäudesteuer
 wird hienmit besonders hingewiesen.
 Calw, den 21. Januar 1921.
 Stadtschultheißenamt: Göhner.

Gemeinde Breitenberg.
Bergebung von Maurerarbeiten
 Beim Neubau des Fenchalden-Wegs bei der sogenannten „Berghalde“, sollen die zur Korrektur des Abflusses und zur Erstellung einer neuen steinernen Brücke über die Talmach erforderlichen Maurerarbeiten im Aukord vergeben werden.
 Pläne, Kostenvoranschlag und Akkordsbedingungen sind von Donnerstag, den 27. ds. Mts. an auf dem Bureau des Unterzeichneten zur Einsicht aufgelegt, u. wolle Angebote bis **Dienstag, den 1. Februar 1921, vormittags 10 Uhr** auf dem Rathaus in Breitenberg eingereicht werden.
 Die Bewerber können der Akkordverhandlung anwohnen.
 Calw, den 21. Januar 1921.
 Kohler, Architekt.

Erntemühl, den 22. Januar 1921.
Todes-Anzeige.
 Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Groß- und Urgroßmutter

Margarethe Weber
 (Schultheißenwitwe),
 gestern Nachmittag, nach langem, schwerem Leiden, sanft entschlafen ist.
Die trauernden Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. Januar, nachmittags um 3 Uhr statt.

Die Creditbank f. Landwirtschaft u. Gewerbe in Calw e. G. m. b. H.
 nimmt Zeichnungen auf die **4 1/2 % mündelsich. Schuldverschreibungen der Bayer. Großwasserkraftwerke zum Kurs von 98 %** entgegen.
 Die Anleihe ist sichergestellt durch den jetzigen und zukünftigen Besitz der Waldschneckenwerk N. O. und Mittlere Jiar N. O. und durch die Bürgerschaft des Staates Bayern und kann als gute Kapitalanlage empfohlen werden.

Zucker-Melasse,
 bestes Fabrikat, (nicht mit Torfmelasse zu verwechseln) trifft nächste Woche ein.
 Preis per Zentner Mk. 80.— ob Lager hier.
Bestellungen hierauf nimmt entgegen
 Otto Jung, Landesprodukte.

Patent-Röste und steilige Matratzen
 einzeln oder zusammen hat abzugeben
Gustav Widmann, Altburgerstr.
Altburg.
 Am Auftrag verkaufe ich eine ältere Aufsatz-Kommode (Birkenholz), einen älteren Kleider-Schrank und eine Kinder-Bettstelle.
Joh. Kober, Schreiner.

Inventur-Verkauf
 von morgen bis 2. Februar.
Preisermäßigung
 auf sämtliche Winter-Artikel, sowie Strümpfe, Socken und Sweater, Hemden-, Unterrock- u. Kleiderflanelle, Hosenzeuge, Schurz- und Bettzeuge, Handtuchstoffe, u. abgepaßte Handtücher, Sitz- und weiße Baumwolltücher.
Franz Schoenlen, Calw,
 Obere Marktstraße 36

Kirchengesangverein.
 Beethovenvortrag v. Herrn Herm. Keller - Stuttgart am Donnerstag, 27. Jan., abends 8 Uhr im Vereinshaus, 1. Stock. Karten bei Buchhandlung Kirchner bis Mittwoch Abend abholen!

B. G.
 Heute Abend Abstimmung.
Lanz-Gesellschaft „Immergrün.“
 Morgen Sonntag Lanz-Ausflug nach Hirsau Gasthaus „Löhnen“ wozu meine werthen Schüler eingeladen sind.
 Tanzlehrer **Johann Giacomino.**

Einige tüchtig. junge Stricker-Lehrlinge,
 nicht unter 17 Jahren, werden eingestellt.
 Bewerber wollen sich beim Obermeister in der Mühle 3. Stock melden.
Christ. Lab. Wagner, Strickwarenfabrik.
 Gesucht wird zu baldigem Eintritt, in guten, kl. Haushalt, wegen Erkrankung des jetzigen, ein fleißiges, eheliches
Mädchen
 nicht unter 18 Jahren, das wünschlich schon in Stellung war. Angebote unt. R. E. 17 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Mädchen
 Suche für meinen kleinen Haushalt, für mehrere Stunden täglich, eheliches
Mädchen
 ob. junge Frau bei guter Bezahlung.
 Frau Ing. Preußner, Bischofsstr. 453.

Ein tüchtiger Pferdebesitzer
 kann eintreten
W. Dingler.
 Tüchtiger, zuverlässiger **Langholz-Fuhrmann**
 kann sofort eintreten bei **E. L. Wagner, Sägewerk, Erntemühl.**

Fahrnis-Versteigerung.
 Am Montag, den 24. Januar, nachmitt. 1/2 2 Uhr verkaufe ich im Hause des Bäckers Hecht in der Lederstraße gegen Barzahlung:
 verschied. pol. Bettladen teils mit Koff., 1 Tischle, 1 Eck- und 1 Küchenschrank, 1 Kleiderständer, 1 Bank mit Schubladen, 1 Amerikanersessel und Stühle, 1 ält. Kommode, Regulator, Bilder und Spiegel, Küchengerät, 1 Gasherd, 1 Kübel, 1 Reisekorb u. 1 Koffer.
 Viehhaber sind eingeladen.
 Stadtschultheißenamt Calw.

Mädchen oder Knecht
 nicht unter 17-18 Jahren gesucht.
 Angebot: an die Geschäftsstelle ds. Bl. unter E. H. 17.
 Suche auf 1. März ein 16-18 jähriges
Mädchen
 für Landwirtschaft. Wer? jagt die Geschäftsstelle des Blattes und das Arbeitsamt.
Wärzbad.
 Eine ältere 34 Wochen tüchtige Kuh- und Fahr-

 verkauft
 Gg. Adam Fenchel.
 2 starke

Zug-Ochsen
 verkauft, auch einzeln
 Christian Seib.
 Neuweiler.
 Eine mittlere, ältere
Schaff-

Kuh
 welche täglich 9 Liter Milch gibt, verkauft
 Johannes Schleich.

Ohne Karten! Spezialmehl 00
 für Koch- und Backzwecke, frisch eingetroffen.
Mehlhandlung Eug.
 Einen noch guterhaltenen **Rindertwagen**
 sucht zu kaufen.
 Wer jagt die Geschäftsstelle des Blattes.
50 Zentner
Heu und Dehmd
 sind zu verkaufen.
 Lederstraße 153.
 30-40 Zentner
Heu und Dehmd
 sowie **Grabeinfassung** (aus Buchsen), und einen **Steinschlitten**
 hat zu verkaufen
 S. Strobel, Liebenzell.
 Einige Zentner gute **Kartoffeln**
 sind sofort zu kaufen.
 Handelslehr. Kaufmann.
 Badstraße 587.
 Oberhaugstett.
 Ein 15 Monate altes

Kuh
 steht dem Verkauf aus
 Georg Kahlmann,
 Maurer.

Dresdner Bank
 Aktienkapital und Reserven
 M 340 Millionen
Stuttgart Cannstatt
 Heilbronn IIIa.

Hirsau.
Herzliche Einladung.
 Von Sonntag, den 23. Januar, bis einschließlich Sonntag, den 30. Januar, finden im Gemeinschaftssaal „Hirsch und Lamm“ von **Evangelist Merz aus Stuttgart** täglich abends 8 Uhr und nachmittags 4 Uhr **Evangelisations-Vorträge**
Bibelstunden
 statt, wozu jedermann herzlich eingeladen ist.
 Sonntag, den 23. Januar, nachmittags 1/4 4 Uhr **Werbe-Versammlung**
 unter Mitwirkung des Jugendbundes für entschiedenes Christentum.

Lichtspieltheater Badischer Hof.
 Morgens Sonntag mittag 3 Uhr und abends 8 Uhr
Die Tophra-Mumie.
 Filmtragödie in 5 Akten.
 Als Beiprogramm
Der Clown meiner Frau.
 Personen unter 17 Jahren haben keinen Zutritt.

Gabelberger Stenographenverein
 Am nächsten Donnerstag, den 27. ds. Mts., abends 8 Uhr, beginnt im Mädchen-Schulhaus (Badgasse), 1. Stock der **Fortbildungskurs**,
 wozu sich noch einige Teilnehmer melden können bei **E. Kera, Marktplatz 421.**

Hs. Hammann, Neubulach
 empfiehlt sein Lager in
Anzugstoffen und Hosenzeugen, Blusen- und Kleiderstoffen, Herdenflanell, weiß und farbig,
 ferner in
Schurz- und Kleiderzeugen, Unterrockstoffen, Handtuchstoffen, Damast Bettdecken, Trüfthenden, Arbeitsanzügen, Schürzen :: ::
 in guter Qualität zu den billigsten Preisen.

1-2 tüchtige, selbständige Eisenbreher, 2-3 tüchtige Schlosser,
1-2 durchaus erfahrene Mühlenbauer
 zu sofortigem Eintritt gesucht.
Gustav Köhler, Talmühle, Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt.

La Plata-Mais
 Zentner Mk. 210.—
Maismehl (vollwertig)
 Zentner Mk. 225.—
 in bester Qualität empfiehlt
Otto Jung.

Schweine
 in meinem Stall. Die Tiere standen unter Beobachtung u. sind vollständig seuchenfrei.
Ehr. Kienle, Schweinehlg., Nagold,
 Telefon 112.

Die Entschädigung
 Eine Entente...
 Paris, 24. Jan. Die...
 Konto betragen bis zum...
 Braunkohlen inbegriffen...
 Ammonial-Sulfat...
 Fischerboote 2034...
 rial dazu 38 730 Tonnen...
 6 802 538 Kilogramm...
 4571; Baggons 129 555...
 bahnmateral 140...
 Material 131 505...
 Stoffe 10 787 827 Kilog...
 57 823 Kilogramm; u...
 Brest, Emden-Teneriffe...
 Neuport (1 u. 2), Tener...
 Duala, Monrovia-Pern...
 Shanghai, Jap.-Guam...
 gechnis sind verschiede...
 ner Art nicht enthalten...
 aber Zahlen nicht angege...
 tum, Zellstücken in den...
 und nach dem 11. Novem...
 Endlich umfasst die Liste...
 denvertrag mit anderen...
 Bis heute hat die Repu...
 deutschen Lieferungen auf...
 ten: Frankreich 14 210 58...
 1 401 626 Tonnen;...
 Sulfat: Frankreich 19 0...
 Großbritannien 1 477 835...
 gien 50 831, Japan 28 6...
 Belgien 2000 Tonnen;...
 Stid; Sämereien: Fran...
 Belgien 301 078 Kilog...
 Großbritannien 3 113 802...
 1 760 810, Belgien 1 190...
 geutsche Produkte: Itali...
 gramm; rollendes Mater...
 gien 1918; Eisenbahnw...
 Lastkraftwagen und Auto...
 tannien 1242, Frankrei...
 Material und Maschinen...
 Eisenbahnmateral: Fran...
 Austellung der Untersee...
 Konferenz von Sachverh...
 war, hat noch nicht aus...
 Teil der eben angeführte...
 nommen. Weil einige...
 hier und da an Hand...
 werden, zwischen denen...
 kon legt jedoch Wert dar...
 land kürzlich bezüglich de...
 wart, die es laut Art. 2...
 öffentlichte, die wirkliche...
 lichen Werte, bei denen...
 sind die öffentlichen Bes...
 Schiffe, das Saargebiet...
 vember 1918 aufgegeben...
 den Deutschland gutaus...
 des Friedensvertrags, da...
 ten: Gegenstände jeder...
 men, beschlagnahmt oder...
 diese zu identifizieren, je...
 biet der Allierten. Die...
 ist durchaus verschiede...
 titel 235 des Vertrags sel...
 rationskonto Deutschlands...
 stellte bis 31. Dezember...
 reich und Belgien fest: ar...
 13 546, Belgien 14, zusa...
 Frankreich 184 161, Belg...
 Material (Lokomotiven)...
 407; Baggons: Frankrei...
 Andere Güter sind zurück...
 wisse Menge Mobiliar un...
Die deutsche
 London, 22. Jan.
 Antwort auf die 41 v...